

### Deutsche Aktien (DAX):

31.12.2015 10.743,01 Punkte  
31.12.2016 11.481,06 Punkte (+6,87%)

An ein solch „verrücktes“ Aktienjahr, das alle zwischenzeitlichen Prognosen über den Haufen geworfen hat, kann ich mich nicht erinnern. Im Januar wurde ausgehend von China ein schwaches Wirtschaftswachstum unterstellt. Die deutschen Aktien verloren daraufhin im Schnitt 20% bis Anfang Februar. Es war der schlechteste Jahresstart für den DAX, der seit Ende 1987 berechnet wird. Zusätzlich zu den wirtschaftlichen Aussichten wurde auf die Unsicherheiten wegen des im Juni anstehenden Brexit Referendums der Briten und den US-Präsidentenwahlen geschaut. Wir kennen die Geschichte. Alles lief gegen die Erwartungen, und verstärkte die wirtschaftlichen Befürchtungen. Am „Schwarzen Freitag“ nach der Brexit Entscheidung fiel der DAX zeitweise um 11%. Im November tauchte der DAX nach der Wahl von Donald Trump nochmals um knapp 5% ab, um sich aber dann noch rascher als im Juni zu stabilisieren. Im Dezember schaffte es der DAX innerhalb von 2 Wochen, die gesamte Jahresperformance zu verdienen. Sind diese „Geschichten“ rund um die Börse so verrückt, dass weitere Anleger ihr entnervt den Rücken zukehren sollten? Trotz Nullzinsen ist die Sparquote der Deutschen um weitere 0,5% auf 9,7% angezogen. 57% der befragten Bürger möchten bei der Geldanlage „garantiert keinen Verlust machen“. Im Oktober zogen Anleger aus Publikumsfonds die beachtliche Summe von 2,6 Mrd. Euro ab. Dies war so viel wie seit 2012 nicht mehr. Es stellt sich die Frage der rationalen Erklärbarkeit von Börsenentwicklungen und dem dahinter steckenden Verhalten von institutionellen und privaten Anlegern. Das mir bis vor kurzem unbekanntes Wort „postfaktisch“ kann auch in diesem Zusammenhang gesehen werden. In der Praxis ist es bekannt, dass institutionelle Anleger sich stärker an Fakten orientieren, und private Anleger stärker emotional reagieren. Die Faktenlage war für die deutsche Wirtschaft übers Jahr hinweg positiv, zum Ende sogar positiver als erwartet. Laut FAZ untersuchte eine Beratungsfirma jüngst die Ergebnisentwicklung der Top 100 Firmen in Deutschland. Deutsche Unternehmen verzeichneten zwar einen leichten Umsatzrückgang, aber die durchschnittliche Gewinnmarge verbesserte sich von 5,9 auf 7,4% des Umsatzes. Geschäftsprozesse werden offensichtlich dank der Digitalisierung schneller, effektiver und kostengünstiger. Summa summarum legte der operative Gewinn der Top 100 Unternehmen um beachtliche 24% zu. Trotz Dividendenausfällen und Kürzungen bei E.ON, RWE und Deutsche Bank schütteten die DAX Konzerne im Jahr 2017 die Rekordsumme von 31 Mrd. Euro aus. Unter diesen Umständen überrascht die Vorsicht der Analysten, die für 2017 dem DAX, wie auch den anderen international bekannten Aktienindices, nur

geringe Zuwächse zutrauen. Dies ist gut so. Die größte Gefahr für Anleger ist und bleibt Übermut und die daraus folgende Euphorie. Das man auf Prognosen nur schwer eine langfristig durchdachte Strategie aufbauen kann, haben die letzten Monate eindrucksvoll bewiesen.

Der IFO Geschäftsklima Index, der als guter Konjunkturindikator gilt, ist im Dezember auf ein neues Hoch geklettert. Mit etwas Geduld scheinen aus meiner Sicht die DAX-Höchststände aus dem Frühjahr 2015 von knapp 12.400 Punkten erreichbar. Dieser Anstieg läge im Rahmen der erzielten Gewinnzuwächse der Unternehmen.

Die Lage der deutschen Wirtschaft kontrastiert stark mit dem beklagenswerten Zustand der deutschen Bankenlandschaft. Dies ist ein bemerkenswertes Phänomen. Früher galt mal die Aussage „Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es auch den Banken gut“ und umgekehrt. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise gilt diese Regel nicht mehr. Deutsche Banken sitzen beispielsweise auf 86 Milliarden faulen Schiffskrediten, die abgeschrieben werden müssen. Die landeseigene HSH Nordbank ist eine der betroffenen Banken. Bisher wurden 10 Mrd. Euro aus der öffentlichen Kasse für die Sanierung investiert. Da sich für die Bank kein Käufer findet, könnte die HSH Nordbank abgewickelt werden. Mit Blick auf Italien und die Schwierigkeiten um die „Monte dei Paschi de Siena“ Sanierung sollten wir uns in Deutschland um Zurückhaltung bemühen. Wer im Glashauss sitzt, soll bekanntlich nicht mit Steinen werfen. Mittlerweile hat die europäische Zentralbank (EZB) die Eigenkapitalvorschriften für die Banken wieder etwas gelockert. Insbesondere die Deutsche Bank wird von dieser Maßnahme profitieren. Die EZB wäre gut beraten, damit restriktive Boni-Regelungen zu verbinden, was sie jedoch in fahrlässiger Weise unterlassen hat. Angesichts der weiterhin zu erwartenden Verluste dieser Krisenbranche, die in welcher Form auch immer sozialisiert werden, wäre ein generelles Verbot von Boni-Zahlungen mehr als angemessen.



Für 2017 lauern latente Gefahren im politischen Umfeld, die sich auf die wirtschaftlichen Entwicklungen jederzeit negativ auswirken können. Damit ist die Vorsicht der Analysten gut begründet. Der internationale Terrorismus und ein zunehmender politischer Populismus können den Weltfrieden und den Zusammenhalt der

Völker weiter gefährden. In Deutschland und Frankreich finden 2017 wichtige Wahlen statt. Wie entwickelt sich Europa weiter? Können die europäischen Banken wieder stabilisiert werden? Wie ist es um die Demokratien in der Türkei, Polen und Ungarn bestellt? Wie wird der neue US-Trump seine Außenpolitik gestalten? Dies sind Fragen, die aber bei Lichte betrachtet, sich jedes Jahr neu stellen. Einer meiner persönlichen Lieblingssätze ist die Aussage „Man wächst mit seinen Aufgaben“. Die deutsche Wirtschaft hat die Gültigkeit dieser These in 2016 in beachtenswerter Weise unter Beweis gestellt.

### Deutsche Anleihen (REX-P):

31.12.2015 474,24 Punkte  
31.12.2016 485,31 Punkte (+2,35%)



Schon vor der Wahl von Donald Trump sind die Zinsen weltweit gestiegen. Dieser Trend hat sich dann noch beschleunigt. In Amerika haben sich die Zinsen für 10-jährige Anleihen von 1,3% auf 2,6% verdoppelt. In Deutschland sind die Zinsen für Bundesanleihen mit 10-jähriger Laufzeit von minus 0,20% auf plus 0,42% angestiegen. Dies hört sich nicht viel an, doch für die Anleihemärkte bedeutet dies eine Menge Unruhe. Steigen die Zinsen, so sinken die Kurse von Anleihen überproportional bei längeren Laufzeiten. Sollten die Inflationsraten wieder stärker anziehen, die weltweit immer noch auf sehr niedrigem Niveau liegen (EU 0,6%, USA 1,7%), sind auch höhere Zinsen denkbar. Für die Wirtschaft nimmt man an, dass Inflationsraten im Bereich zwischen 1 und 3% p.a. anregend für die Wirtschaft sind. Erst höhere Inflationsraten werden als schädlich angesehen. Die Inflationserwartungen der Analysten sind zwar gestiegen, aber sie liegen noch im genannten Wohlfühlkorridor, der erst jetzt wieder

von noch niedrigeren Inflationsraten kommend, wieder erreicht wird. Gold als Inflationsindikator hat in den letzten Wochen wieder stärker Feder lassen müssen. Dies deutet nicht auf echte Inflations Sorgen hin. Anleger scheinen nun nach langen Jahren Abstinenz wieder bereit zu sein, statt in Zinspapieren und Gold wieder grundsätzlicher in Aktien zu investieren. Dies ist jedenfalls ein Trend, der in Amerika nach der Wahl von Donald Trump eingesetzt hat. Trump plant die gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch niedrige Steuern, Lohnerhöhungen und Infrastrukturprogramme anzukurbeln. Ob die damit verbundenen Konjunkturoffnungen auch langfristig tragfähig sind, darf bezweifelt werden.

### Europäische Aktien (Euro-Stoxx 50):

31.12.2015 3.267,52 Punkte  
31.12.2016 3.290,52 Punkte (+ 0,70%)

Nach einer langen Talfahrt befindet sich die europäische Wirtschaft wieder in einem stabileren Fahrwasser. Das Wachstum in 2016 wird mit 1,6% etwas über den Erwartungen liegen. Die Sorgenkinder Frankreich, Spanien, Italien und Griechenland konnten sich am besten entwickeln. Die europäische Arbeitslosenquote ist mit 9,8% auf den niedrigsten Stand seit dem Ausbruch der Finanzkrise gesunken. Die EZB unterstützt den Gesundungsprozess weiterhin aktiv durch das um 9 Monate bis Ende 2017 verlängerten Ankaufprogramm von europäischen Anleihen von 60 Mrd. Euro pro Monat. Durch die niedrigen Zinsen werden die Staatshaushalte umfangreich entlastet. Die EZB hat darüber hinaus die Kreditvergabevorgaben für kleinere Banken und die Eigenkapitalvorgaben für Banken wieder gelockert. Die Kurse der europäischen Bankaktien haben sich seitdem wieder stabilisiert. Die Banken bilden jedoch die Achillesferse für die Wirtschaft in Europa. Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt die Höhe der faulen Kredite europäischer Banken auf 900 Mrd. Euro. Ein Drittel der Banken dürfte über zu wenig Eigenkapital verfügen, um die Verluste zu verkraften. Durch negative Zinsen sind die Geschäftsmodelle der Banken und Versicherungen zusätzlich in Frage gestellt worden. Die in den letzten Wochen wieder gestiegenen Zinsen wurden daher allgemein begrüßt. Die kommenden Wochen werden zeigen, ob die auf der europäischen Ebene beschlossenen Maßnahmen und Regeln zur Überwindung der Bankenkrise ausreichen, um die Branche wieder auf tragfähige Füße zu stellen.

Die US-Wahl und der Brexit könnte für Europa eine politische und wirtschaftliche Chance sein. Ohne die Briten, die seit ihrem EU Beitritt 1973 eine permanente Bremsrolle einnahmen, könnte der politische Einigungsprozess wieder dynamischer werden. Das Verhältnis der Amerikaner zu Russland scheint sich zu entspannen. Putin setzt große Hoffnungen in Donald Trump. Eine Lockerung der seit 2014 geltenden Wirtschaftssanktionen gegen Russland wäre für Europa eine große Erleichterung. Großbritannien möchte die Brexit Verhandlungen mit der EU bereits Anfang 2017 aufnehmen. Ob es dazu in der Lage sein wird,

darf angezweifelt werden. Es fehlt an administrativen und personellen Ressourcen. Premierministerin May, die die Brexit Verhandlungen unabhängig von Parlamentsdebatten durchführen wollte, wurde vom Verfassungsgericht zurückgepfiffen. Sie verspürt nun zunehmenden Gegenwind aus der eigenen Partei und der Bevölkerung.

Wie geplant, wird die EU schon in Kürze einen Solidaritätscorps von bis zu 100.000 Jugendlichen, die in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Integration ein soziales Jahr absolvieren können, finanzieren. Damit könnte die hohe Arbeitslosigkeit in den Südländern gemindert und die Begeisterung der Jugend für ein gemeinsames Europa gefördert werden.

Europa steht auch 2017 vor großen Herausforderungen, die aber gelöst werden könnten. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erlauben einen durchaus optimistischen Ausblick.



### Euro versus USD

31.12.2015 1,0858 USD  
31.12.2016 1,0516 USD (-3,15%)

Die Wahl von Donald Trump verhalf dem USD zu einem kräftigen Kurssprung. Die Amerikaner wählten ihn, weil er den amerikanischen Traum wieder aufleben lassen („America first“). Er hat im Wahlkampf und in seinen Ankündigungen nach seiner Wahl keinen Zweifel daran gelassen, dass er der Wirtschaft und der Schaffung von gut bezahlten Arbeitsplätzen Priorität einräumen wird. Dafür wird er auch staatlich finanzierte Konjunkturprogramme auflegen, um Infrastrukturprojekte (Straßen, Brücken, Bahn, Flughäfen, Internet, Schulen, Universitäten) anzustoßen. Das wird die Wirtschaft beleben. Die Arbeitslosigkeit ist aktuell niedrig und die Löhne können wegen der erhöhten Nachfrage nach Arbeitskräften stärker steigen. Die US Notenbank Fed wird mit Argusaugen auf die Entwicklung der Inflation schauen. Im Dezember kam es zu der erwarteten Zinserhöhung von 0,25%. Der Anstieg des USD gegenüber den übrigen Währungen liegt aber alles andere als im Interesse der Amerikaner, die strukturell eher

unter einer Exportschwäche leiden. Schon 1971 sagte der damals amtierende US-Präsident Richard Nixon „Der USD ist unsere Währung, aber euer Problem.“ Mit anderen Worten, wenn es der US-Wirtschaft nützen sollte, könnten die Amerikaner den USD auch stärker abwerten. Donald Trump wäre der prädestinierte Kandidat für eine solche Strategie. Mit dem USD als unangefochtene Weltreservewährung verfügen die Amerikaner über ein starkes Machtmittel. Die US Notenbank ist sozusagen die Sparkasse der Welt, die die Finanzströme steuert und der globalen Wirtschaft die Liquidität (zum eigenen Nutzen) zur Verfügung stellt. Hierdurch haben die Amerikaner eine einzigartige wirtschaftliche Monopolstellung erreicht, die den Amerikanern große Finanzierungsvorteile verschafft, die Trump nun auch extensiv nutzen möchte.

Die Europäer haben es in den letzten 25 Jahren - der Vertrag von Maastricht wurde in 1991 unterzeichnet - sträflich versäumt, den Euro als Konkurrenzwährung zu stärken. Ein Auseinanderfallen der Euro-Zone würde den Amerikanern wenig schaden. In der Eurokrise 2010/2011 haben gerade die US-Investoren kräftig gegen den Euro spekuliert. Um auf Augenhöhe mit den Amerikanern zu konkurrieren, benötigen die Europäer einen europäischen Finanzminister, der den europäischen Finanzbedarf ermittelt und finanziert. Den Amerikanern ist es gelungen, immerhin 50 Bundesstaaten unter einen Hut zu bringen. Warum sollte dies in Europa mit 19 Ländern nicht gehen?



Unter Trump werden die Schulden vermutlich noch stärker steigen, als dies unter Obama schon der Fall war. Das Haushaltsdefizit in 2016 betrug bereits 5,8%. Die Notenbank Fed wird zunächst versuchen, über höhere Zinsen den Anstieg der Verschuldung entgegen zu wirken. Die Amtszeit von der Fed Chefin Janet Yellen endet 2018. Trump wird versuchen, die unabhängige Notenbank unter seine Kontrolle zu bringen. Spätestens dann könnte eine Abwertung des USD als machtpolitische Trumpfkarte gezogen

werden. Die Ausländer – allen voran die Chinesen, die Japaner, die Russen, aber auch die Europäer – werden dann zusehen müssen, wie mit einem Sinken des USD ihre Forderungen gegen die USA abgewertet werden. Dies wäre ganz im Interesse der Amerikaner. Noch ist dies Zukunftsmusik. Die Anleger sollten aufpassen, nicht in die Dollar-Falle zu tappen. Noch lockt die Währung mit höheren Zinsen.

Der Trump-Effekt trifft die Konjunktur und Märkte in einer durchaus bemerkenswerten Konstellation. Der Wirtschaftsaufschwung läuft seit 2009 über die Dauer von gut 7 Jahren. Dies ist bereits überdurchschnittlich lange. Nun versucht Trump, die Wirtschaft nochmals mächtig anzukurbeln. Wir dürfen gespannt sein, wie lange die Puste reicht. Wer ins Schwitzen kommt und sich anschließend erkältet, läuft Gefahr an einer Lungenentzündung zu erkranken.

### Amerikanische Aktien (S&P 500 Index)

**31.12.2015** 2.043,94 Punkte  
**31.12.2016** 2.238,83 Punkte (+ 8,50%)

Die Wahl von Donald Trump am 08.11.2016 zum 45. Präsident der USA ist die Sensation des vergangenen Jahres. Dabei war es bis zum Wahltag klar, dass er konkrete Chancen auf den Sieg hatte. 42% der Amerikaner haben nicht gewählt. Dies war die größte Wählergruppe. Trotz einem Stimmenanteil von 26,5% von Hillary Clinton gegenüber 26,4% von Donald Trump, konnte dieser aufgrund der Besonderheiten des US-Wahlsystems, einen komfortablen Vorsprung bei der erforderlichen Anzahl der „Wahlmänner“ für sich verbuchen. Es war überhaupt eine Wahl der männlichen Bevölkerung, bei denen Hillary Clinton kaum eine Chance hatte. Für die Wahl einer Frau – zumindest dies gilt für Hillary Clinton – war die Zeit noch nicht reif. Gegen Michelle Obama wären vermutlich alle männlichen Kandidaten chancenlos. Eigentlich konnte man nur erleichtert sein, dass dieser extrem schmutzige Wahlkampf beendet war. Der designierte neue Präsident agierte bis jetzt durchaus geschickt. Er versprach am Wahlabend „der Präsident aller Amerikaner“ zu sein. Die Gesundheitsreform „Obamacare“ soll nicht abgeschafft, sondern modifiziert werden. Vom Bau einer Mauer nach Mexiko war nach der Wahl keine Rede mehr. Es gelang ihm dann unmittelbar, das Finanzestablishment der Wall-Street, das im Wahlkampf auf Konfrontationskurs zum Kandidaten Trump lag, auf seine Seite zu ziehen. Als eine der ersten Maßnahmen kündigte er die Lockerung des Dodd-Frank Act an, der als Reaktion auf die Finanzkrise im Jahr 2008 den Banken eine strengere Regulierung auferlegte. Die Wall-Street begann zu jubeln. Als Unternehmer ist Trump ein Mann der Wirtschaft. Um sich herum sammelte er das wirtschaftsfreundlichste Kabinett, das es je gab. Es ist das Kabinett der starken Männer und der Macher. Nach Hank Paulson und Robert Rubin zieht mit Steve Mnuchin nun der dritte Goldman-Sachs Mann als Finanzminister in ein US Kabinett ein. Im Wahlkampf sprach Trump noch davon, die Wall-Street an die Leine zu legen. Seine Wähler dürften sich schon heute die Augen reiben. Die umstrittenen Finanzinvestoren Wilbur Ross und Carl Icahn ergänzen den illustren Kreis seines Kabinetts, indem auch die

Immobilienbranche überproportional vertreten ist. Mit der Benennung Rex Tillerson zum Außenminister, der Exxon Mobile vierzig Jahre lang umsichtig leitete, landete Trump jedoch einen echten Coup. Es dürfte sich bei Tillerson um eine der am besten politisch und wirtschaftlich vernetzten Personen der Welt handeln, der viel Vertrauen entgegengebracht wird.



Die Zukunft wird zeigen, was Trump aus seinem Amt und dabei aus Amerika machen wird. Die Gefahr liegt in der Selbstüberschätzung Trumps, die auch den Bereich der Wirtschaft tangiert. Politik ist ein anderes Geschäft, als das autokratische Führen eines Unternehmens. Es wird dem neuen Präsidenten vermutlich an Demut und an Respekt mangeln. Dies könnte ihm das Leben schwermachen. Es stellt sich die Frage, wie er mit kommenden politischen und wirtschaftlichen Problemen umgehen wird. Verfügt er über die nötige Einsicht? Kann das Verfassungsrecht einem Donald Trump seine Grenzen aufzeigen? Bedenklich ist Donald Trumps gespaltenes Verhältnis zur Presse, die er als aktiver Social-Media Nutzer umgeht. Falls Trump die Pressefreiheit einschränkt, könnte Amerika schnell in eine demokratische Schiefelage geraten und in einem Atemzug mit China, Russland, Türkei, Ungarn oder Polen genannt werden. Die Erwartungshaltungen, die mit der Präsidentschaftswahl von Donald Trump verbunden sind, sind aus Sicht der Europäer überwiegend negativ. Die Chance liegt daher in einer positiven Überraschung. Es wäre für uns alle das Beste.

Nach dem Sieg Trumps sprang das Konsumentenvertrauen gleich auf den höchsten Stand seit Ausbruch der Finanzkrise. Dank der erwarteten Ausgaben- und konjunkturfrendlichen Politik schätzen die Analysten, dass die Gewinne der US-Unternehmen nach einer zweijährigen Stagnationsphase in 2017 um durchschnittlich 7% steigen könnten. Die Bewertungen der US Börse sind bisweilen schon ambitioniert. Bei einer fortgesetzten Trump-Euphorie besteht die Gefahr einer Blasenbildung an den Aktienmärkten. Sollten die Zinsen in Amerika zunächst steigen, haben die amerikanischen Aktien nur wenige Chancen auf eine solide Verbesserung. Dies deckt sich mit der Einschätzung der Analysten.

### Japanische Aktien (Nikkei-Index)

**31.12.2015** 19.033,71 Punkte  
**31.12.2016** 19.114,37 Punkte (+ 0,42%)

Auch der Nikkei-Index schaffte es dank Donald Trump die zwischenzeitlichen Verluste noch zu eliminieren. Dank des USD Anstieges ging der japanische Yen spiegelbildlich in den Keller. Dies ist Balsam für die Seele des immer mehr vom Export abhängigen Landes. Durch diesen unverschuldeten Rückenwind verbesserte sich die Stimmung – gemessen am monatlichen Tankanbericht - in der japanischen Industrie. Die Binnenwirtschaft ist jedoch in Folge der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung und der restriktiven Zuwanderung schon seit Jahren die Schwachstelle der japanischen Wirtschaft. Auch in diesem Jahr sind die privaten Ausgaben um 2,1% zurückgegangen. Das Verbrauchervertrauen liegt schon seit Jahren weit unter der Expansionschwelle von 50 Punkten. Insgesamt blicken die Regierung und die Notenbank mit vorsichtigem Optimismus ins neue Jahr.



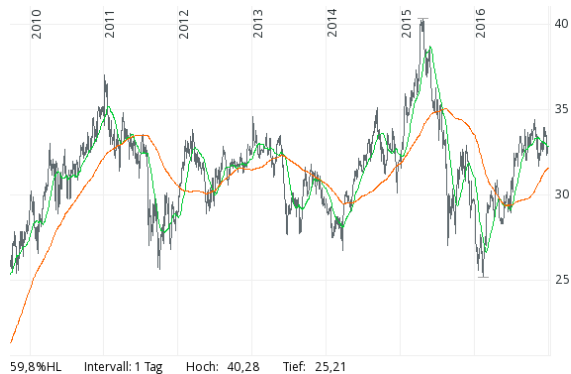
Außenpolitisch konnten sich in den letzten Monaten die Beziehungen zu Russland und Amerika verbessern. Bei einem Staatsbesuch von Russland Präsident Putin in Tokio wurden die Möglichkeiten für eine Schlichtung des Streites über die Kurillen-Inseln erörtert. Zuletzt trafen sich Ministerpräsident Abe 75 Jahre nach dem japanischen Angriff auf die amerikanische Pazifikflotte in Pearl Harbor im Jahr 1941 mit dem scheidenden US-Präsidenten Barack Obama auf Hawaii. Dies war eine Geste der Versöhnung. Abe sprach den Amerikanern sein „aufrichtiges und immerwährendes Beileid“ aus. Die nationalen Befindlichkeiten beider Nationen lassen jedoch weitere reichende Entschuldigungen für das sich gegenseitig zugefügte Leid, das in den Jahren der US-Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki schreckliche Höhepunkte fand, nicht zu.



## Aktien Schwellenländer

31.12.2015 92.280,67 Punkte  
31.12.2016 101.606,93 Punkte (+ 10,33%)

Das Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern soll sich von 3,1% in 2016 auf 3,4% verbessern. Dies dürfte in etwa doppelt so hoch ausfallen, wie die Expansion in den Industrieländern. Die Konjunktursorgen in China haben sich im Laufe des Jahres in Luft aufgelöst. Im zweiten Halbjahr lief die Wirtschaft besser als erwartet. Der Einkaufsmanagerindex ist auf ein Hoch seit 2014 geklettert. Die Triebfedern des Aufschwunges sind Immobilien- und Infrastrukturinvestitionen, die jedoch auf Staatsnachfrage beruhen. Dies reicht langfristig nicht aus, um die Konjunktur nachhaltiger zu stützen. Breite Bevölkerungsschichten verfügen immer noch nicht über einen Grundstock an Einkommen, der ihnen erlaubt, die Konsumausgaben zu erhöhen.



In der Softwareentwicklung für die Finanzwirtschaft („Fintech“) hat China eine führende Position erobert. Laut einer KPMG Studie kommen vier der fünf führenden Unternehmen aus China. Nachdem sich China zunächst neutral nach der Wahl von Trump äußerte, ist das Verhältnis nach den wohlwollenden Kontakten von Trump nach Taiwan, schon wieder deutlich abgekühlt.

Das Thema „Offshore“ und „Steuerparadies“ in Schwellenländern steht international weiterhin hoch auf der Agenda. Die dort verwahrten Gelder sind von 380 Mrd. USD im Jahr 2000 auf mittlerweile 1.600 Mrd. USD angewachsen (Quelle: IWF und Bank für den internationalen Zahlungsausgleich BIZ).

Nach überraschenden Bargeldreformen in Indien und auch Venezuela kam es in beiden Ländern zu politischen und wirtschaftlichen Tumulten.

## Rohstoffe, Energie & Gold

31.12.2015 1.061,40 USD je Feinunze Gold  
31.12.2016 1.151,43 USD (+ 8,39%)

Auf dem Weltklimagipfel in Paris wurde im Oktober ein Klimavertrag, unter anderem von USA, EU, China und Kanada, unterzeichnet.

Ein erfolgreicher Abschluss war zunächst nicht erwartet worden. Mit Blick auf die globale Klimaerwärmung - die Temperatur stieg in 2016 um 1,6 Grad Celsius - war diese Verständigung dringend geboten. Die ins Auge gefassten Klimaziele scheinen trotz aller verbalen Absichtserklärungen nicht mehr einhaltbar zu sein.

Mit einer wärmeren Atmosphäre sinkt der Energiebedarf fürs Heizen, mit dem Elektroauto könnte die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen nachhaltig sinken. Nach dem starken Einbruch der Ölpreise zu Jahresbeginn, konnten sich diese wieder deutlich stabilisieren. Nachdem die erdölexportierenden Staaten (OPEC) Förderquotenkürzungen verbindlich vereinbarten, sind die Preise zum Jahresende wieder deutlicher angezogen. In Texas/USA wurde ein riesiger Schieferölfund gemacht. Obama hat als eine der letzten Amtshandlungen die Arktis zu einem Naturschutzgebiet erklärt. Diese Entscheidung kann auch vom neuen Präsidenten nicht wieder revidiert werden.



Nach einem glänzenden Comeback des Goldpreises bis August 2016 ging es danach wieder kräftiger abwärts. Die Zinsen sind seit dem Sommer wieder gestiegen und nach der Wahl von Donald Trump machten sich Konjunkturoffnungen breit, und die Anleger favorisierten wieder riskantere Anlageformen wie Aktien. Die Investoren scheinen tatsächlich viel Vertrauen in Trumps Wirtschaftskompetenz zu haben, obwohl die Neuausrichtung inflationäre Folgen haben kann. Die Anleger scheinen die Party gewechselt zu haben. Die globalen Goldfonds verzeichneten 27 Tage lang hintereinander Mittelabflüsse. Dies ist ein Zeichen dafür, dass doch viele spekulativ eingestellte Anleger in Gold investiert sind. Wer Gold als Inflationsschutz und Geldersatz erworben hat, dürfte sich durch diese Marktbewegungen sicherlich nicht beeindrucken lassen. Dennoch ist Gold eine Geduldsprobe, die nicht ohne Schmerzen zu bewältigen erscheint. Seit Ende 2011 verloren Anleger mit Gold in Euro gerechnet ca. 10% ihres Kapitals. Mit europäischen Aktien gemessen am Euro-Stoxx Index waren in diesem Zeitraum 40% zu gewinnen gewesen. Dies macht 50% Unterschied. Der Preis der Angst ist relativ hoch. Aus meiner Sicht ist Gold eine zu Vermögensstreuung geeignete Anlage. Nicht mehr und nicht weniger.

In Deutschland besitzt mittlerweile 6,20% (60% privat, 40% Bundesbank) der globalen Goldbestände. Die Zahl hat mich doch sehr überrascht. Damit dürfte dieser Gegenwert den Wert von

Aktien, den private Anleger halten, übersteigen. Für ein Land, das über viele große und kleine globale Champignons in der Unternehmenslandschaft verfügt, ist diese eine durchaus bedenkliche Entwicklung. Wirtschaftsminister Gabriel sah sich jüngst gezwungen, dem weiterhin ungezügelt Appetit chinesischer Investoren, die ihre Investitionen durch den Kauf von deutschen Firmen in 2016 um 100% steigerten, einen Riegel vorzuschieben.

## Redaktion:

Michael Scheidgen  
private finance e.K.  
Stefan Andres Straße 23  
56567 Neuwied  
Telefon 02631/95390

## Zitatesammlung:

„Wer Brüssel wählt, wählt Krieg“

**Pegida Demonstranten, Tag der deutschen Einheit, Dresden**

„Ausgerechnet der Reiche aus der Fifth Avenue fand die Zustimmung der unteren Mittelschicht“

**10.11.2016 FAZ Kommentar zur Wahl Donald Trump**

„Ich war eine gute Haushälterin. Immer wenn ich einen Mann verlassen habe, habe ich sein Haus behalten.“

**19.12.2016, Rhein-Zeitung, Zsa Zsa Garbor, US-Schauspielerin, im Alter von 99 Jahren gestorben**

„Optimismus und Hoffnung sind die wichtigsten erneuerbaren Energien und der Treibstoff für den Motor unserer Existenz.“

**20.12.2016 Weihnachtsgruß eines Unternehmers**

## Impressum:

Es handelt sich um die Wiedergabe der persönlichen Meinung des Autors. Trotz sorgfältiger Recherche, kann für die Richtigkeit der Informationen keine Gewähr übernommen werden. Aus dem Inhalt können keine Anlageempfehlungen abgeleitet werden. Diese können nur nach einer individuellen Beratung erfolgen.

Neuwied, 31.12.2016